

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für den Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mk. Postgebühren für Monat Dezember 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmann berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., auswärts 20 Pf., die 30 mm breite Reklameweile 150 Pf., auswärts 200 Pf., Oberzeile 10 Pf., Ausm. Aufträge sog. Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Elegante
Damen - Taschen
Neueste Modelle
In reichhaltigster Auswahl
Außerordentlich Preise

Adolf Häfer

26 Prager Straße 26

Bestes Spezial-Haus für Lederwaren und Reiseartikel

Modernes
Reise-Gepäck
Handkoffer
Bahnkoffer / Schrankkoffer
In erstklassiger Verarbeitung

Investigation durch deutsche Behörden? Aufrechterhaltung des Protokolls unter Berücksichtigung der deutschen Wünsche geplant. Der Arbeiter-Mißtrauensantrag gegen Baldwin abgelehnt. — Die Frage der Anleiheablösung im Haushallausschuß.

Um ein Investigationskompromiß.

Genf, 9. Dez. Nach dem Eindruck, der am gestrigen Mittwochsabend über die Verhandlungen der drei juristischen Sachverständigen bestand, scheint sich eine vorläufige Kompromißlösung der Untersuchungsfrage anzubahnen. Man hat versucht, den deutschen Forderungen dadurch gerecht zu werden, daß das Untersuchungsprotokoll in seiner heutigen Form bestehen bleibt, jedoch den deutschen Forderungen durch bindende Ratifikationsbeschlüsse Genüge getan werden soll. Es wurde besonders zum Ausdruck gebracht, daß bisher noch in keinem Lande eine Völkerverbündelnde Untersuchung stattgefunden hat, und daß die Untersuchungen nur durch deutsche Behörden unter Teilnahme von Mitarbeitern der Untersuchungskommission durchzuführen sind.

Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß eine provisorische Prüfung durch Schaffung eines Komitees, das die gesamte Untersuchungsfrage noch einmal zu prüfen hat, für Deutschland nicht annehmbar sei.
Die Elemente sind, wie wir weiter erfahren, aus dem Untersuchungsprotokoll ausgelassen worden. Diese Frage soll auf einer im Januar oder Februar stattfindenden Weltkonferenz entschieden werden. In Genf wird also nur das Untersuchungsprotokoll behandelt, soweit es die handliche Kontrolle des entmilitarisierten Rheinlandes nicht betrifft.

Der französische Außenminister Briand stützte heute Dr. Stresemann, der von seiner Erklärung wieder genehmigt ist, im Hotel Metropole einen Besuch ab. Sollte die Völkerverbündelnde Untersuchung bereits heute über die Aufhebung der Militärkontrollkommission beschlossen werden, so würde noch im Laufe des heutigen Abends eine neue Zusammenkunft der Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens stattfinden. Es verlautet, daß die Juristen ihre Arbeiten abgeschlossen und die vorgeschlagenen Änderungen des Untersuchungsprotokolls den deutschen Forderungen entsprechend formuliert haben. Ob diese Änderungen in Form von Annexen an das Untersuchungsprotokoll oder in Form neuer Ratifikationsbeschlüsse gefaßt werden, steht noch nicht fest. Die Regelung der Restfragen der Entwaffnungskontrolle soll, wie von gut unterrichteter Seite heute nachdrücklich betont wird, auf diplomatischem Wege erfolgen. Eine Überwindung der Restfragen auf die Untersuchungskommission wird von deutscher Seite abgelehnt.

Ueber die Besprechung Stresemann-Briand, die 12,45 Uhr zu Ende ging, wird folgendes mitgeteilt: Die Minister unterhielten sich zunächst über Vorschläge der Juristen in Bezug auf die Abänderung des Untersuchungsprotokolls, wobei sich eine allgemeine Übereinstimmung ergab. Die weitere Besprechung betraf die Punkte innerhalb der Völkerverbündelnden Konferenz, die nicht betrieblachend ist, da sämtliche Schwierigkeiten speziell in der Frage des Abnehmens von Material aufgetreten sind. Es wird berichtet, daß die hier anwesenden Staatsmänner bemüht seien, trotzdem auf einem Abschlusse zu kommen. Für den Fall, daß in Paris

keine Einigung erzielt werden sollte, erwägt man, die rein technischen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Auch der Sonderberichterstatter des V. D. Z.-Bureaus teilt mit, daß sie auf allen Seiten der Eindruck verfestigt, daß die nächsten zwei Tage einen Abschluß bringen werden, der neben der Aufhebung der Militärkontrollkommission — man spricht vom 15. Januar bzw. 1. Februar — die Abänderung der Untersuchungsprotokolle und seiner sachlich und rechtlich ganz unausführbaren Ausführungsbedingungen enthalten wird.

Sitzung der Völkerverbündelnden Konferenz.

Paris, 9. Dezember. Die Völkerverbündelnde Konferenz tritt heute nachmittags 5,30 Uhr zu einer Sitzung zusammen.
Wenn die Entscheidung der Völkerverbündelnden Konferenz feststellt, daß Deutschland in ausreichender Weise seinen Entwaffnungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrage nachgekommen ist, so werden sich die Ereignisse hier rasch und programmäßig etwa folgendermaßen abspielen: Die Vertreter der fünf Rheinverpflichteten könnten, wie allgemein angenommen wird, noch heute zusammenkommen und das Datum für die Aufhebung der Militärkontrolle und die Abberufung des Generals Bach sowie seiner Mitarbeiter festsetzen. In einer weiteren Völkerverbündelnden Sitzung würde morgen zu den bis dahin vorliegenden Vorschlägen der Juristen über die Abänderung des Untersuchungsprotokolls Stellung genommen werden, worauf sie vom Völkerverbündelnden Rat ohne Schwierigkeiten genehmigt werden könnten.

Neue italienische Truppen nach Ventimiglia.

Genf, 9. Dez. Die beim Völkerverbund und in Mailand eingetroffenen Nachrichten, daß die italienischen Behörden zwei weitere Infanterieregimenter und erhebliche Mengen Militärwaffen an die französische Grenze entsandt haben, haben im Völkerverbund peinliches Aufsehen hervorgerufen. Die Italiener begründen die Entsendung so großer Truppenmassen mit der Ermordung der beiden Genuesen durch eine italienische Räuberbande bei Ventimiglia. Die Truppen und die Militärwaffen würden, daß die Mitglieder der Räuberbande auf französisches Gebiet flüchten.

Die italienisch-französischen Grenzwachposten.

Paris, 9. Dez. Havas berichtet aus San Remo, die Behörden seien der Meinung, daß der Mörder des getöteten Angehörigen des Konsulats in Nizza Pollastro und dessen Genossen kürzlich in Mailand auch zwei Polizeiaufseher getötet hätten. Weiter nachmittag wurden bei Camporosso zwei Verdächtige tot aufgefunden. Man nimmt an, daß auch hier Pollastro und dessen Genossen die Mörder seien. Ein Regiment Infanterie und die faschistische Miliz wurden mobilisiert, um auf die Täter zu fahnden. Pollastro soll gestern abend in Ventimiglia gefangen worden sein. (W. T. B.)

Schwierigkeiten in der Reichskoalition.

Das Zentrum gegen die Beamten-Weihnachtsbeihilfe.
Berlin, 9. Dez. Zu den gestrigen Verhandlungen des Reichskabinetts hört man, daß in Bezug auf die Weihnachtszulage für die Beamten und auf die innerpolitische Lage erhebliche Schwierigkeiten hervorgetreten sind, die eine Reihe weiterer Besprechungen nach sich ziehen werden. Der Reichskanzler hatte noch gestern abend eine Unterredung mit Vertretern des Zentrums, der auch der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold betwohnte. Das Zentrum hat Einwendungen gegen die vom Reichsfinanzminister geplante Weihnachtszulage für die Beamten erhoben.

Berlin, 9. Dez. Im Anschluß an die gestrige Kabinettsitzung hatte der Reichskanzler Besprechungen mit dem Führer des Zentrums. Wie die „Post. Zig.“ wissen will, haben der Reichskanzler und maßgebende Persönlichkeiten des Zentrums den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sie für eine Koalition mit den Deutschen Nationalen nicht zu haben sein würden.

Besprechung der Weihnachtsbeihilfe mit Reinhold und Marx.

Berlin, 9. Dez. Im Reichstage treten heute mittag Vertreter der Regierungsparteien, und zwar die Beamtenvertreter, mit dem Reichsfinanzminister zu einer Besprechung über die Beamtenbesoldungsfragen, insbesondere über eine eventuell zu gewählende Weihnachtszulage, zusammen. An diesen Besprechungen nimmt auch Reichskanzler Marx teil. Der Zweck der Besprechungen ist, eine Kompromißformel zu finden, damit die Regierungsparteien in der morgigen Sitzung des Haushaltsausschusses in dieser Frage geschlossen auftreten können.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat ebenfalls in den Mittagsstunden zusammen, um sich mit dem Konflikt der Sozialdemokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei anlässlich der Inhaberschaft des Abgeordneten Dr. Schulz zu beschäftigen. Insbesondere soll die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu dem von den Kommunisten gegen den Reichsinnenminister eingebrachten Mißtrauensvotum festgelegt werden. Die endgültige Entscheidung hierüber wird jedoch erst in der heute abend stattfindenden Fraktionssitzung der Sozialdemokraten fallen.

Zwei neue Gesetzesanträge der Reichsregierung.

Berlin, 9. Dezember. Die Reichsregierung beabsichtigt, im Laufe eines Reichstagesentschlusses vorzuliegen. Darin sollen die bisher in Kraft befindlichen Vorschriften der Reichsverordnung vom 6. Juni 1924, soweit sie sich bewährt haben, übernommen und durch eine Reihe weiterer Bestimmungen ergänzt werden. Da die Verhandlungen über diesen Entwurf noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen dürften, beabsichtigt die Reichsregierung, inzwischen die Vorschriften der Verordnung von 1924 beschleunigt auf eine unanfechtbare rechtliche Grundlage zu stellen, indem sie die unveränderte Umwandlung in ein Gesetz vorschlägt. Das preussische Oberverwaltungsgericht hatte die Verordnung im Widerspruch zu Entscheidungen des Reichsgerichts und des preussischen Kammergerichts für ungültig erklärt.

Dem Reichstag ist ferner vom Minister für die besetzten Gebiete ein Gesetzentwurf über die Vergütung der Besatzungsleistungen und Vermögensschäden (Besatzungsleistungsgesetz) zugegangen, in dem die sämtlichen einschlägigen Bestimmungen vereinigt worden sind.

Massive tschechischer Gesandter in Berlin?

Prag, 8. Dez. Nach einer Meldung der Prager Zentral-Korrespondenz ist Dr. Mahan, der bisherige Gesandte in Rom, zum tschechischen Gesandten in Berlin auszuweichen. (T. U.)

Geheimrat Jierich Nachfolger v. Bergs.

Berlin, 9. Dez. Als Nachfolger des Generalbevollmächtigten der Hohenzollern Geheimrat v. Berg wird der Geheimrat Oberregierungsrat Jierich genannt.

Die Ausweisung des Generaldirektors Schulz noch nicht vollzogen.

Durch Funkpruch.
Bentzen, 9. Dez. Wegen der Ausweisung des Generaldirektors Schulz von der Grafschaft Bendell von Donnerstagmarchen Verwaltung aus Polen haben die deutschen amtlichen Stellen sofort beim Präsidenten v. Calonder und beim Präsidenten Raekenbeck Vorstellungen erhoben. Dem sofortigen Einreisen des Präsidenten Raekenbeck ist es zu danken, daß der Ausweisungsbefehl gegen Generaldirektor Schulz und seine Familie nicht vollzogen wurde. (W. T. B.)

Der Mißtrauensantrag gegen Baldwin abgelehnt

Macdonald im Unterhause über den Bergarbeiterstreik.

London, 9. Dez. Die gestrige Unterhausdebatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung endete mit der Ablehnung des Antrages. (T. U.)

London, 8. Dez. Ramsay Macdonald stellte als neu-gewählter Vorsitzender der Arbeiterfraktion im Unterhaus einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung wegen deren Haltung während des Streiks der Bergarbeiter. In dem Antrag heißt es: Die Regierung verdiene einen Tadel, weil sie die auf einer Unterredung in der Kohlenindustrie beruhenden Empfehlungen des königlichen Ausschusses nicht beachtet habe, zugunsten der Grubenbesitzer parteiisch gewesen sei, die Kohlenpreise nicht übermäßig habe und einen Gesetzentwurf, der für die Bergleute die achtstündige Arbeitszeit zuzusetzt, angenommen habe. Angemessene Löhne und anständige Lebensbedingungen könnten nur durch die Verstaatlichung der Bergwerke gesichert werden.

Premierminister Baldwin erklärte, er würde sich nicht durch Drohungen mit Unruhen unter den Industriearbeitern einschüchtern lassen. Er legte im einzelnen die Geschichte des Konflikts im Bergbau dar. Er habe den Kampf verlängert und ihn zu einer

schmällichen Katastrophe gebracht. Er habe die Arbeiterpartei, den Gewerkschaftsrat und die Bergarbeiter hineingelegt. Die Arbeiterpartei wüßte, daß die Bergarbeiter durch Schlagworte zum Narren gehalten wurden und habe niemals versucht, dem Einhalt zu tun. Die Entscheidung der Opposition für Unruhe oder für Frieden in der Industrie werde das Schicksal der Arbeiterpartei berühren. Lloyd George erklärte, die Liberalen könnten nicht für den Mißtrauensantrag stimmen. Er selbst stimme aber mit der Kritik Macdonalds überein.
Der Bergbauminister teilte mit, daß die einschränkenden Bestimmungen für den Export von Kohle von Donnerstag an gänzlich wegfallen.

Ungünstige Kohlenlage in England.

London, 9. Dez. „Times“ berichtet über die Lage der Bergwerksindustrie. Die Wiederherstellung der Kohlenförderung wurde. Die lebhafteste Nachfrage nach Kohlen, auf die die Bergwerksbesitzer bei Wiederaufnahme der Arbeit rechnen hatten, ist nicht eingetreten. Das Publikum hat sich an Sparmaßregeln im Kohlenverbrauch gewöhnt. Die industriellen Verbraucher sind ebenfalls mit ihren Bestellungen zurückhaltend, da sie erwarten, daß die Bergwerksbesitzer ihre Preise weitlich herabsetzen müssen. So hielten sich die Baldenbedarfe. (W. T. B.)